

Tagesanzeiger

Donnerstag
19. September 2019
127. Jahrgang Nr. 217
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Kindergerecht
Orte in Zürich, wo der Nachwuchs glücklich ist. Eine Auswahl.
Züritipp

Ladegeräte
Ohne sie geht heute gar nichts mehr. Was diese Abhängigkeit mit uns macht. Ein Essay.
31



Feuersbrunst
Wo es wann auf dem Planeten brennt und warum. Eine Chronik.
38

Kinderkrippen: Qualitätsstandards sollen fallen



Betreuung Der Kantonsrat hat den Regierungsrat beauftragt, die Qualitätsstandards für Krippen «zu reduzieren, zu flexibilisieren – oder ganz darauf zu verzichten». Doch welche Kriterien sind unabdingbar für das Wohlergehen von 0- bis 5-jährigen? **Kommentar Seite 2, Bericht Seite 4**

Geflüchtete überrennen Rotes Kreuz

Asylfürsorge Seit der Kanton Zürich die Hilfe für vorläufig aufgenommene Ausländer um rund 30 Prozent gekürzt hat, sieht sich die SOS-Beratungsstelle des Roten Kreuzes einem Ansturm von Betroffenen gegenüber, die um Beratung und finanzielle Unterstützung bitten. Binnen einem Jahr verdoppelte sich die Zahl der Dossiers von rund 250 auf über 500. Das Rote Kreuz sah sich deshalb gezwungen, den Zugang zu den Leis-

tungen einzuschränken. Dennoch nimmt die Nachfrage nicht ab. Vor allem Familien kämen kaum noch über die Runden, so das Rote Kreuz.

Verheerend sei, dass etliche Gemeinden nicht nur den Grundbedarf, sondern auch Leistungen wie Sprachkurse gekürzt hätten. Das gefährde die Integrationsziele des Bundes. Das Hilfswerk appelliert deshalb an die Politik, das Gesetz anzupassen. (Icu) Seite 17

Kommentare & Analysen

«Der Entscheid zeigt den Vormarsch der Bevormunder in der Politik.»

Dominik Feusi
Der Wirtschaftsredaktor über das Verbot von Tabakwerbung. Seite 2

Verbot für Pilatus in Saudiarabien wackelt

Kriegsgüter Der Flugzeugbauer erringt vor Gericht einen Etappensieg: Er muss seine Leute vorläufig doch nicht aus der Krisenregion abziehen.

Fabian Fellmann

Die Pilatus Flugzeugwerke dürfen vorerst weiter für die Luftwaffen von Saudiarabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten arbeiten. Das Bundesverwaltungsgericht hat einer Beschwerde der Nidwaldner Firma gegen ein Tätigkeitsverbot des Auswärtigen Departements (EDA) aufschiebende Wirkung gewährt. Ein Sprecher des Gerichts bestätigt auf Anfrage entsprechende TA-Informationen.

Das EDA hatte Pilatus am 25. Juni eine Frist von 90 Tagen gesetzt für den Rückzug aus den beiden Ländern. Die Flugzeugwerke hätten ihre Mitarbeiter bis Anfang der kommenden Woche abberufen müssen. Vorsorglich hatte das EDA dabei auch einer Beschwerde aufschiebende Wirkung entzogen. Das Bundesverwaltungsgericht hat Letzteres nun mit einer Zwischenverfügung gekippt.

Pilatus kann seine Geschäfte damit weiterführen bis zum Urteil, das in ei-

nigen Monaten zu erwarten ist. Dieser Zeitgewinn ist für das Unternehmen entscheidend. In der Wintersession dürften im Parlament breit abgestützte Vorstöße beraten werden, mit denen bürgerliche Politiker Pilatus zu Hilfe eilen. Der Nidwaldner FDP-Ständerat Hans Wicki sagt, wenn seine Motion angenommen werde, «muss das ein Signal sein für das Bundesverwaltungsgericht bei der Entscheidung im hängigen Fall Pilatus».

USA verschärfen Sanktionen

Nach den Angriffen auf wichtige Öleinführungen in Saudiarabien hat gestern ein Militärsprecher des Königreichs den Iran für die Attacken mitverantwortlich gemacht. Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Raketen nicht aus dem Jemen abgefeuert worden, sondern aus dem Norden gekommen seien. US-Präsident Donald Trump kündigte derweil an, die Sanktionen gegen den Iran «bedeutend zu verstärken». Seite 5, 7

US-Notenbank senkt die Leitzinsen erneut

Geldpolitik Um einen Konjunkturerinbruch zu verhindern, hat die US-Notenbank Fed den Leitzins zum zweiten Mal in Folge um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Der Leitzins liegt nun in der Spanne von 1,75 bis 2,00 Prozent, wie die Federal Reserve gestern mitteilte. Die Entscheidung war im Gremium allerdings umstritten. Die erneute Zinssenkung soll der sich abkühlenden US-Wirtschaft neuen Schwung geben. Zudem signalisiert das Fed damit, dass es zu handeln bereit ist, falls sich der Konjunkturausblick weiter verdüstert. US-Präsident Donald Trump kritisierte nach dem Entscheid die Notenbank und ihren Chef Jerome Powell scharf. «Kein Mut, kein Sinn, keine Vision. Ein schrecklicher Kommunikator», schrieb er auf Twitter. (sda) Seite 10

50 Franken für alle – dank Flugticketabgabe

CO₂-Gesetz Wenn nächste Woche der Ständerat einen neuen Anlauf für ein CO₂-Gesetz nimmt, wird auch eine Flugticketabgabe wieder zum Thema. Die vorbereitende Kommission möchte eine Abgabe zwischen 30 und 120 Franken – je nach Distanz und Klasse. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) rechnet mit Einnahmen von circa 1 Milliarde Franken pro Jahr, 510 Millionen davon werden wieder verteilt, der Rest fließt in einen Klimafonds. Unveröffentlichte Zahlen des Bafu zeigen nun, dass die Rückverteilung pro Person rund 50 Franken im Jahr beträgt. Eine vierköpfige Familie, die einmal pro Jahr fliegt, erhält also 200 Franken pro Jahr zurück, womit ihre Mehrkosten für die Abgabe bereits mehr oder weniger kompensiert sind. (sth/los) Seite 3

ANZEIGE

SO! 100 JAHRE WOHNBAUGENOSSENSCHAFTEN ZÜRICH

WIE WOLLEN WIR WOHNEN?

Ausstellung, Debatten & Feste 19.9.2019 – 31.1.2020 im ZAZ Bellerive

Medienpartner: **Tagesanzeiger**

Mehr Infos: genossenschaft-bellerive.ch



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tages-anzeiger.ch
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tages-anzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Leserbriefe	15	Rätsel	36
TV/Radio	24	Wetter	37
Todesanzeigen	26		

Schweiz



Kinder im Spielzimmer der Kinderkrippe Rasselchiste im Zürcher Kreis 4. Foto: Sophie Steiger

Krippen-Regeln sollen fallen – Verbände protestieren

Kinderbetreuung Kita-Standards sollen reduziert oder gestrichen werden: Nun warnen Kinderorganisationen davor, dass das Zürcher Beispiel schweizweit Schule macht.

Claudia Blumer

Welche Qualitätskriterien sind unabhängig für das Wohlergehen von 0- bis 5-Jährigen? Im Kanton Zürich ist das Thema gerade aktuell, da der Kantonsrat diese Woche den Regierungsrat beauftragt hat, Qualitätsstandards für Kindertagesstätten wie Betreuungsschlüssel, Qualifikation, Anforderungen an die Krippenleitung oder Raumgrösse «auf ein Minimum zu reduzieren, zu flexibilisieren – oder ganz darauf zu verzichten». So steht es im Postulat, das mit grosser Mehrheit überwiesen wurde. Auch das neue Zürcher Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht Lockerungen vor. So sind neu Gruppen von zwölf Kindern möglich (bisher elf), bei gleichbleibender Anzahl Betreuungspersonen.

«Schlicht falsch»

Nationale Organisationen reagieren mit Entsetzen. Der Titel des Postulats, «Krippen stärken statt schwächen», sei irreführend, heisst es in einer gemeinsamen Medienmitteilung des Verbands Kinderbetreuung Schweiz, des Vereins Quali-Kita und des Marie-Meierhofer-Instituts für das Kind. Es gehe vielmehr darum, die bereits tiefen staatlichen Investitionen in die frühkindliche Betreuung weiter zu senken. Studien zufolge habe die Kita-Betreuung einen grossen Nutzen, allerdings nur bei

guter Qualität. Die Aussage im Postulat, dass die Anzahl Kinder pro Betreuungsperson kein relevanter Faktor sei für die Qualität, sei «schlicht falsch».

Mit diesem Vorhaben spare man bei der Bildung dort, wo sie am effizientesten sei, sagt Estelle Thomet, Regionalleiterin Zürich beim Verband Kinderbetreuung Schweiz. «Nämlich in den ersten Lebensjahren». Es erstaune sie, dass CVP und FDP sich dieser Forderung anschliessen. Der Ausbildungsstand des Personals und der Betreuungsschlüssel seien für die Qualität der Betreuung entscheidend und die Anforderungen in der Schweiz heute schon tief. Pro Gruppe von elf Kindern reiche eine Fachperson von zwölf Kindern möglich (bisher elf), und nach künftigen Zürcher Gesetz könnte diese Besetzung schon zwölf Kleinkinder betreuen – oder acht Babys: Säuglinge zählen beim Betreuungsschlüssel 1,5-mal.

Thomet betont auch die Wichtigkeit der Tertärabschlüsse: Wenn die Krippe auch ein Ort der Bildung und Entwicklung sein soll, müssten die Betreuungspersonen Abschlüsse der höheren Berufsbildung, Fachhochschulen, höheren Fachschulen und Universitäten haben. In der Schweiz indes habe die Hälfte der Kita-Angestellten gar keinen Abschluss, es handle sich vor allem um Lernende und Praktikanten. Marcel Fierz, Programmleiter von Quali-Kita, sagt ebenfalls:

«Man muss sich überlegen, was die Kindertagesstätten für eine Funktion haben sollen. Geht es nur darum, dass Kinder heil wieder abgeholt werden können und keinen Unfall hatten?» In diesem Fall könnte man die Qualitätsanforderungen reduzieren. Doch das wäre eine verpasste Chance, meint er. Die Krippe habe einen weitergehenden gesellschaftlichen Auftrag. «Man schraubt hier an Anforderungen, die schon auf dem untersten Niveau sind.»

Bedürfnisse im Fokus

Deregulierung sei nicht per se schlecht, so die Verbände. Doch die Bestimmungen müssten flexibel werden und auf pädagogischen Konzepten beruhen, welche die Bedürfnisse von Babys und Kleinkindern ins Zentrum stellen. Hier handle es sich hingegen um eine reine Abbauvorlage. Heidi Simoni, Direktorin am Marie-Meierhofer-Institut, macht sich Sorgen: «Die meisten Kitas sind heute noch nicht so weit, dass sie das Qualitätsmanagement aus eigener Kraft sicherstellen könnten.» Wenn man Regeln abbau, müssten im Gleichschritt Qualitätskonzepte etabliert werden. Ansonsten drohe ein Vakuum. Befürchtet wird, dass sich diese Tendenz auch in anderen Kantonen ausbreiten könnte.

Es brauche einen Sinneswandel, sagt die Kinderpsychologin Simoni: «Weg von der heutigen Regeldichte, hin zu einem um-

fassenden Qualitätsmanagement, das auf die Bedürfnisse der Kinder ausgerichtet ist.» So seien etwa die Eignung der Betreuungspersonen und kinderfreundliche Raumverhältnisse wichtig; die exakte Raumaufteilung oder Quadratmeterzahl jedoch weniger. Die drei Organisationen haben deshalb eine Qualitätsinitiative lanciert, eine Deklaration zur Selbstverpflichtung, bei der die Unterzeichnenden bezeugen, dass sie Standards einhalten. Ein weiteres Qualitätslabel bietet der schweizweit tätige Verein Quali-Kita – allerdings haben sich bisher von über 2000 Kindertagesstätten lediglich 83 zertifizieren lassen. Einen vorbildlichen Weg geht offenbar Nidwalden: Neu sollen nur noch jene Kitas Kantonsbeiträge erhalten, die in die Qualität der Betreuung investieren und Lehrplätze anbieten.

Im Postulat, das der Kantonsrat überwiesen hat, heisst es: «Krippen sind zu einer Luxuslösung verkommen, weil sie für Normalverdiener unerschwinglich sind. Schuld daran sind die unzähligen und selten nötigen Anforderungen.» Auch die Unterzeichnenden wollen tiefere Kosten für die Eltern. Sie finden, dass der Staat mehr Mittel in die frühkindliche Bildung und Betreuung investieren sollte. «Bei der Schule würde man auch nicht einfach die Anforderungen an Lehrer senken, um zu sparen», sagt Estelle Thomet.

Ein Wilder tritt gegen den Hardliner an

Wahlen In Nidwalden kandidiert Alois Bissig (CVP) gegen den Willen seiner Partei.

Die Lage ist ernst bei der CVP: Laut Umfragen droht sie bei den Wahlen im Oktober von den Grünen überholt zu werden und unter die Marke von 10 Prozent Wähleranteil zu fallen. Es zählt also jeder einzelne Parlaments-sitz, der in den Kantonen gehalten oder gewonnen werden kann.

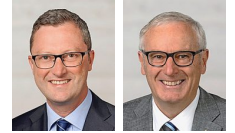
Unbekümmert davon zeigt sich die CVP Nidwalden. Die Partei ist eine Macht: Sie stellt 3 von 7 Regierungsräten und 16 Mitglieder im 60-köpfigen Landrat. Trotzdem ist die CVP Nidwalden nicht im Bundesparlament vertreten: 2015 verlor sie ihren Ständeratssitz, den sie seit 1848 gehalten hatte, an FDP-Mann Hans Wicki. Und den einzigen Nationalrats-sitz hält seit 2011 Peter Keller, Programmchef der SVP Schweiz und Journalist der «Weltwoche». 2015 wurde er problemlos wiedergewählt.

«Niemanden gefunden»

Im Kanton wurde nun erwartet, dass Keller dieses Jahr herausgefordert wird. Doch die FDP verzichtete, und zur allgemeinen Überraschung nahm sich auch die CVP aus dem Rennen. «Wir haben geeignete Kandidaten gesucht, aber keine gefunden», sagt die Parteipräsidentin Therese Rotzer. Offenbar wagt es niemand, Keller herauszufordern. Lieber spekuliert die CVP darauf, dass Keller bei den nächsten Wahlen nicht mehr antritt.

Ein CVP-Exponent wollte das nicht hinnehmen. Man dürfe nicht zur «Stand-by-Partei» werden, liess Ex-Regierungsrat Alois Bissig verlauten und empfahl sich seiner Ortspartei Ennetbürgen als Nationalratskandidat. Doch diese erteilte ihm im Mai eine Abfuhr. Nun steigt Bissig als wilder Kandidat ins Rennen.

«Ich möchte nicht, dass die CVP durch den Verzicht auf eine Kandidatur zur Steigbügelhalterin der SVP wird», sagt Bissig. Auch wolle er nicht, dass der Nationalrats-sitz in stiller Wahl vergeben werde. Es sei sein «Ziel, die politische Mitte zu stärken».



Peter Keller (SVP, 1.) und Alois Bissig (CVP). Foto: Keystone

Der frühere Untersuchungsrichter kann auf Unterstützung von Vertretern der FDP und der Grünen zählen. In beiden Parteien wird aktiv für Bissig geworben; für viele ist er schlicht das kleinere Übel als der umgängliche SVP-Hardliner Keller.

Die CVP hingegen stellt es ihren Mitgliedern frei, Bissig zu wählen, unterstützt ihn aber nicht. Warum? Einerseits ist zu hören, Bissig (63) sei zu alt für das Amt, kommuniziere schlecht und habe das falsche Geschlecht. Andererseits agierte Bissig als Regierungsrat taktisch ungeschickt. So setzte er sich für die Verschiebung eines Jagdbanngiets ein, damit im Nachbarkanton Obwalden die Titlis-Bahnen ausgebaut werden konnten. Das Nachsehen hatte die Nidwaldner Region Bannalp.

Laut Beobachtern war es indessen vor allem der damalige FDP-Baudirektor Hans Wicki, der sich für die Verschiebung zugunsten der Titlis-Bergbahnen eingesetzt hatte. Gegen aussen vertreten musste das Geschäft aber Justizdirektor Bissig. Er bezahlte den politischen Preis.

So kam es, dass Bissig bei den Regierungswahlen 2014 das schlechteste Resultat aller Bisherigen machte und die CVP ihn nach dem ersten Wahlgang zurückzog. Seither ist das Verhältnis zwischen Bissig und seiner Partei belastet. So sehr, dass die unter Druck stehende CVP davon absieht, die Reihen hinter ihrem früheren Justizdirektor zu schliessen und um den einzigen Nationalrats-sitz zu kämpfen.

Daniel Foppa

Nachrichten

Ständerat bleibt bei Kinderabzügen hart

Steuern Die Räte streiten weiterhin über die Frage, ob auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, von höheren Steuerabzügen profitieren sollen. Der Ständerat hat zum zweiten Mal Nein gesagt. Damit geht das Geschäft in die letzte Runde der Differenzvereinbarung. Mit 22 zu 21 Stimmen hielt die kleine Kammer an ihrem früheren Entscheid fest. Sie möchte bei der Bundessteuer den allgemeinen Kinderabzug nicht von 6500 Franken auf 10 000 Franken erhöhen. (sda)

Junge SVP kritisiert Mutterpartei

SVP Die Junge SVP hat am Mittwoch in Bern ihre prioritären Themen präsentiert, darunter die Kostenexplosion im Gesundheitswesen und die Altersvorsorge. Die Mutterpartei SVP hat hier laut Jungpartei zu wenig erreicht. Die Junge SVP wolle die Mutterpartei zwingen, sich mit diesen Themen zu beschäftigen. Die SVP

setzt vor den Wahlen am 20. Oktober primär auf die Themen Migration und EU. (sda/red)

Ja zu Ausnahme für Kulturvereine

Mehrwertsteuer Die Teilnehmenden an Kulturveranstaltungen sollen künftig von einer Mehrwertsteuererhöhung profitieren – gleich wie die Teilnehmenden an Sportveranstaltungen. Nach dem Nationalrat hat am Mittwoch auch der Ständerat einer Motion mit dieser Forderung zugestimmt. (sda)

Fehler in Bündner Wahlunterlagen

Wahlen Die Bündner bekommen in den nächsten Tagen von den Gemeinden möglicherweise fehlerhafte Wahlzettelbüchlein für die Nationalratswahlen zugestellt. Die Ständeskanzlei in Chur teilte am Mittwoch mit, wegen eines organisatorischen Fehlers bei dem mit der Produktion beauftragten externen Unternehmen könnten in einzelnen Büchlein Seiten fehlen. (sda)

Meinungen

Kommentar

Krippen sollen nicht bloss Unfälle verhüten

Kindertagesstätten sollen entlastet werden – aber nicht auf Kosten einer guten Betreuung. Die Politik muss differenzieren.

Manche Vorschriften nützen den Kindern wenig. Abstand zwischen Toilette und Küche, Anzahl Spülbecken, Quadratmeteraufteilung zwischen den beiden vorgeschriebenen Räumen. Das ist Unsinn. Doch es gibt auch Krippenstandards, die wichtig sind für eine gute Betreuung. So ist etwa geregelt, welche persönlichen und fachlichen Voraussetzungen eine ausgebildete Betreuungsperson mitbringen muss. Und wie viele Kinder sie maximal betreuen darf.

Diese Regeln pauschal reduzieren oder abschaffen zu wollen, ohne zu differenzieren, ist falsch. Der Zürcher

Über Sein oder Nichtsein entscheidet oft eine Distanz von wenigen Metern.

Kantonsrat hat dies diese Woche aber gemacht, indem er ein Postulat von SVP, FDP und CVP überwies hat, das dies fordert. Raumgrösse, Gruppengrösse, Qualifikationen – weg damit. Alles in einen Topf.

Auch die Verbände, die nun dagegen protestieren, räumen Verbesserungspotenzial ein. Gewisse Regeln seien unnötig, sagen sie. Es handelt sich vor allem um bauliche Vorschriften. Das ist richtig: Ziel muss es sein, dass Krippenwesen so zu verschlanken, dass die Qualität der Kinderbetreuung nicht leidet, sondern eher steigt. Bei administrativer Entlastung.

Sensibilisiert werden müssen die Gemeindebehörden, welche die Bewilligung für eine Krippe erteilen. Vom Gemeindevertreter hängt ab, ob jemand eine Krippe betreiben darf, der die mathematischen Voraussetzungen nicht ganz erfüllt, aber ein überzeugendes Qualitätskonzept vorlegen kann. Politische Haltung und gesunder Menschenverstand des Behördenvertreters entscheiden über Sein oder Nichtsein und oft eine Distanz von wenigen Metern. In der Nachbargemeinde sieht es wieder anders aus.

Das Thema der familienergänzenden frühkindlichen Betreuung muss

in der Politik vorrangig werden. Heute fristet es ein Stiefkind-Dasein. Das Kleinkind gehöre zu den Eltern, das ist eine verbreitete Ansicht. Wenn die Eltern aber auf Unterstützung einer Krippe angewiesen sind, dann soll diese gut sein. Die Betreuung soll Bildung beinhalten und Entwicklung ermöglichen. Sie soll mehr sein als bloss Unfallverhütung.



Claudia Blumer
Inlandredaktorin

Fragwürdiges Rauchzeichen aus der kleinen Kammer

Der Ständerat verbietet Tabakwerbung unter dem Druck der Verwaltung und der Anti-Tabak-Lobby

Dominik Feusi

Der Ständerat unter Führung des Berner Sozialdemokraten Hans Stöckli und des Zuger Freisinnigen Joachim Eder will Tabakwerbung in Zeitungen, Zeitschriften und im Internet verbieten. Als Grund führen sie den Schutz der Jugend ins Feld, die vor dem Konsum von Tabak bewahrt werden müsse. Der Entscheid ist ein faktisches Werbeverbot, weil viele Kantone längst Werbung in Kinos und auf Plakaten verboten haben. Er zeigt den Vormarsch der Bevormunder in der Politik, die uns vorschreiben wollen, wie wir zu leben haben – und wie wenig die Bürgerlichen ihnen entgegenzusetzen.

Wer heute raucht, der weiss, dass er sich schadet. Das gilt sowohl für Erwachsene wie für Junge. Rauchen ist längst aus dem öffentlichen Leben verbannt. Beizen sind rauchfrei, Büros und Verkehrsmittel auch. Selbst wer mit einer Zigarette im Mund auf der Strasse unterwegs ist, wird schief angeschaut. Und doch: Wenn die letzten Inserate gedruckt und die letzten Probierpäckli verteilt sind, werden die Ständeräte sehen, dass es immer noch ein paar Leute gibt, die gerne rauchen.

Der Ständerat nennt sich gerne «Chambre de réflexion», zu Deutsch «Kammer des Nachdenkens», und meint damit, dass in seinen Debatten sachlicher und gründlicher argumentiert und deshalb besser entschieden werde als im Nationalrat. Das Selbstbild der Ständeräte hat jedoch nicht mehr viel mit der Realität gemein. Beim Tabakproduktegesetz liess er sich von der Verwaltung und der intransparent finanzierten Anti-Tabak-Lobby instrumentalisieren. Nachdenken hätte bedeutet, die Behauptungen der Befürworter zu hinterfragen und die von ihnen eingereichte Volksinitiative gegen Tabakwerbung zu behandeln, statt ihr in Umkehrung des politischen Prozesses mit einem Gesetz zuzuvorkommen.

Die Bevormunder werden nicht locker lassen und weitere Werbe- und Konsumverbote vorschlagen. Die auf dem Papier mehrheitlich bürgerlichen Ständeräte haben vergessen, dass sie eigentlich gewählt wurden, um im Zweifel die Selbstverantwortung der Einzelnen vor den allumsorgenden Staat zu stellen. Und auch die Sozialdemokraten müssen sich die Frage gefallen lassen, wieso sie in ihren Wählern bloss Unmündige und zu Bevormundende sehen.

Trump schlägt den Esel

Der US-Präsident will die Abgasregeln für Autos in Kalifornien lockern. Ein durchsichtiges Manöver.

Claus Hulverscheidt

Seit 50 Jahren legt der US-Bundesstaat Kalifornien eigene Standards für den Schadstoffausstoss von Autos fest, die erheblich strenger sind als jene auf Bundesebene. Dieses Sonderrecht will Donald Trump nun streichen, und seine offizielle Begründung lautet: Wer so scharfe Öko-Standards vorgibt wie die Fantasten an der Westküste, macht Autos für die Bürger unerschwinglich, behindert den Kauf von Neuwagen und ist somit schuld, dass mehr alte, stinkende und gefährliche Klapperkisten auf den Strassen bleiben. Mehr Umweltschutz durch niedrigere Umweltstandards also? Man darf annehmen, dass nicht einmal der Präsident selbst den Unsinn glaubt, den er da gerade verzapft.

Nein, es geht Trump nicht um die Sache, es geht ihm nicht einmal um Bürokratieabbau. Seine Agenda ist eine machtpolitische: Die Kalifornier sind überwiegend liberal und umweltbewusst, sie befürworten Einwanderung – und werden auch bei der Präsidentschaftswahl 2020 für den Bewerber der Demokraten stimmen, selbst wenn die den Esel nominieren sollten, der ihr Parteiwappen zierte. Kurzum: Der Bundesstaat Kalifornien steht für alles, was Trump hasst. Er nutzt deshalb die Chance, den Kaliforniern eins auszuwichsen und Eindruck bei den eigenen Kernwählern zu schinden.

Machtpolitik zulasten der Umwelt: ein verheerendes Signal so kurz vor dem UN-Klimagipfel.



Politik auf Kinderniveau: «Arena»-Moderator Sandro Brotz mit seiner «Kollegin» Marie Lotta. Foto: Oscar Alessio (SRF)

Herzig, lustig, aber fehl am Platz

Das Schweizer Fernsehen hat mit einer Kinderreporterin den Wahlherbst eröffnet. Das schadet der Politik. Aber nicht nur ihr.

Andreas Tobler

Haben Sie Marie Lotta gesehen? Diese coole Kinderreporterin, mit der das Schweizer Fernsehen den Wahlherbst eröffnet hat? Am Ende der letzten «Arena» wurde die Zehnjährige von Moderator Sandro Brotz zum dritten Mal hinzugeholt – mit der Ankündigung, die «Kollegin» werde im Anschluss an die Sendung den Politikern fürs Kinderprogramm «Zambo» noch einige Fragen stellen.

Herzig und lustig ist Marie Lotta. Und sie stellte frische Fragen. Ausserdem: Kann irgendetwas falsch daran sein, wenn Kinder dank gleichaltriger Reporterinnen schon früh mit politischen Themen vertraut gemacht werden, wenn so viel von Politikverunsicherung die Rede ist?

Nichts gegen Marie Lotta. Sie ist so smart und sympathisch, wie eine Zehnjährige nur sein kann. Aber etwas dagegen, wie SRF die Viertklässlerin vorschob. Denn das Fernsehen erhofft sich von der Kinderreporterin wohl vor allem eines: dass man sie als auflockerndes Element einsetzt und damit einen Zuwachs in Sachen Sympathie erzielen kann. Auch für Moderator Brotz, der schon mal die

Hoffnung äusserte, er wirke etwas «charmant», seit er die «Arena» übernommen habe. Marie Lotta ist bei SRF also nichts anderes als eine kindliche Christa Rigozzi.

Aber seit wann muss politischer Journalismus charmant sein? Und für wen? Für die Acht- bis Zwölfjährigen, die mit «Zambo» angesprochen werden sollen? Primarschüler müssten schon längst im Bett sein, wenn die «Arena» läuft. Und sie werden wohl auch nicht erreicht, wenn die Clips mit Marie Lotta von SRF auf dem Ü-40-Netzwerk Facebook und dem digitalen Journalistentreff Twitter ausgespielt werden.

Das SRF-Kinderprogramm werde bei Erwachsenen geschätzt, weil es komplexe Inhalte einfach erklärt, hiess es 2016, als bekannt wurde, der Altersdurchschnitt des «Zambo»-Publikums liege bei 53 Jahren. Falls Komplexität ein Problem der SRF-Politberichterstattung ist (was wir nicht glauben wollen), sollte es direkt angegangen werden – und nicht mit einer Kinderreporterin gelöst werden.

Ein Problem waren aber auch die Fragen, die Marie Lotta zu stellen hatte: Welches Haustier die Politiker

halten, ob sie beliebt in der Schule waren, einen Witz erzählen können. Alle diese Fragen, für welche SRF die Verantwortung zu übernehmen hat, unterliegen dem Missverständnis, wir müssten wissen, wie Politikerinnen und Politiker privat ticken. Nein, müssen wir nicht. Massgebend ist allein, für welche Ideen sie einstehen. Welche Entscheidungen sie treffen. Alles andere ist für den Service public irrelevant. Und zwar komplett, solange es nicht justiziabel ist.

Die einzige politische Frage, die Marie Lotta stellen durfte, war jene, warum Kinder nicht wählen dürfen. Das ist relevant: Die 16-jährige Greta hat gerade den Klimawandel auf die Agenda der Weltpolitik gehievt; eine Senkung des Wahlalters wird wieder diskutiert. Aber wenn eine Zehnjährige die Frage nach dem Wahlalter stellt und dazu sagt, sie würde auch gerne abstimmen, dann wirkt das weit weg von dem, was in der Schweiz jemals Wirklichkeit werden kann, als müsste man den Anspruch auf politische Teilhabe von Jugendlichen nicht ernst nehmen. Und damit schadet SRF einem berechtigten Anliegen. Auch deshalb sage ich Nein zu Kinderreporterinnen in der Politberichterstattung des Schweizer Fernsehens.